

Paroli

Linke Blätter
für Stadt,
Landkreis und
Universität
Ausgabe Nr. 43
September 2022

Schutz vor Inflation!

LINKE: Haushalte entlasten, Krisengewinne abschöpfen

Die Inflation ist längst bei den Menschen angekommen. Aber das dicke Ende kommt noch, wenn im Herbst und Winter unbezahlbare Energierechnungen zugestellt werden.

Der Anstieg der Lebenshaltungskosten ist nicht nur durch den Ukraine-Krieg verursacht. In zwei Jahren Corona waren Lieferketten gerissen und das Angebot konnte die Nachfrage nicht immer befriedigen. Auch die Energiepreise stiegen bereits vor Kriegsbeginn. Die Sanktionen gegen russisches Öl und Gas ermöglichen es jetzt den Energiekonzernen, drastische Preiserhöhungen durchzusetzen und explodierende Gewinne zu erzielen. Und Russland beantwortet die Sanktionen seinerseits mit einer Verringerung der Gaslieferungen.

Auf ausreichende Unterstützung durch die Ampel-Koalition können Haushalte mit geringen und mittleren Einkommen kaum hoffen. Genug Geld wäre da, würden nicht zusätzlich 100 Mrd. Euro in die Rüstung gesteckt.

Das 9-Euro-Ticket soll Ende August auslaufen, um der „Gratis-

mentalität“ (Finanzminister Lindner) keinen Vorschub zu leisten. Diese Sorge hat er nicht bei den steuerlichen Subventionen für Dienstwagen, die für die Finanzierung von Billigtickets verwendet werden



Foto: Tim Reckmann/pixello

könnten. Die Deutsche Umwelthilfe hat jüngst ausgerechnet, dass Großverdiener*innen ihre Firmen-Porsches und BMWs mit bis zu 57 Prozent vom Staat bezuschusst bekommen. Falls sie diese nach fünf Jahren verkaufen, können sie sogar noch einen Überschuss erzielen.

Statt wie in Großbritannien oder Italien Krisengewinne z.B. in der Erdölbranche abzuschöpfen und Haushalte mit geringen Einkommen zu entlasten, bleiben die Gasrechnungen hier unverändert hoch, da die Gasumlage und Mehrwertsteuer-senkung sich ausgleichen.

DIE LINKE und ihre Bundestagsfraktion haben fünf Punkte unterbreitet, wie Haushalte entlastet werden können (siehe unten).

Manches davon kann sich auch Marburg leisten und erst recht, wenn die Gewerbesteuer auf deutsches Durchschnittsniveau angehoben würde. Z.B. könnte auf Strom- oder Gassperren verzichtet oder die Leistungen des Stadtpasses ausgebaut (kostenloser Busverkehr) und seine Bemessensgrenze erhöht werden. Marburg könnte beim Ausbau erneuerbarer Energien zulegen und endlich für den Bau von neuen Windkraftwerken auf Stadtgebiet sorgen. Alle Marburger Wohnungsgesellschaften müssen die Förderprogramme der Stadt für Wärmedämmung in Anspruch nehmen sowie veraltete Heizungsanlagen erneuern. Ihren Mieter*innen sollten sie eine Energieberatung anbieten und jede erdenkliche Hilfe zum Energiesparen leisten.

Gegen die Inflation helfen vor allem Lohnerhöhungen. Deshalb unterstützt DIE LINKE die Gewerkschaften in ihren Tarifikämpfen. Und sie ruft auf, breite Bündnisse zu bilden, um in einem heißen Herbst auf der Straße für einen Kurswechsel der Regierung zu sorgen.

Nico Biver/Peter Lob

Gastkommentar

Armut grenzt aus

Armut ist eine existentielle Frage der gesellschaftlichen Teilhabe. Diese wurde besonders für Menschen mit geringem Einkommen in Zeiten der Pandemie noch einmal erheblich eingeschränkt. Dies dringendst zu ändern, ist ganz akut eine Aufgabe der Stadt Marburg, gerade auch mit Blick auf die betroffenen Kinder, ebenso Alleinerziehende, Studierende, Menschen mit Behinderung, chronisch Kranke und alte Menschen.

Die rasende Inflation und vor allem die explodierenden Energiepreise treffen Menschen mit geringem Einkommen besonders hart. Aber nicht nur Arme haben mit den gestiegenen Heizkosten zu kämpfen. Auch Durchschnittsverdiener*innen wissen bald nicht mehr, wie sie über die Runden kommen sollen. Reserven sind aufgebraucht, Einsparmöglichkeiten gibt es kaum noch.

Die im Herbst zu erwartenden Energiekostenabrechnungen lassen Schlimmes befürchten. Deshalb werben wir für die Einführung eines Sozialtarifes für Strom und Gas bei den Stadtwerken für Menschen mit geringem Einkommen. Der den Stadtwerken entstehende entgangene Ertrag müsste entsprechend aus dem städtischen Haushalt abgefangen werden.

Zusätzlich sollte ein Moratorium für Gas- und Stromsperren beschlossen werden. Niemand darf ohne Energieversorgung bleiben oder sein. Angesichts der guten Kassenlage der Stadt können diese Forderungen finanziert werden. „Es ist kein Geld da“, zählt nicht mehr.

Pit Metz, Initiative für ein soziales und solidarisches Marburg

5 Punkte gegen Preisexplosion

DIE LINKE fordert:

1. Sozialer Klimabonus

- Monatlich 125 Euro pro Haushalt und 50 Euro für jedes Haushaltsmitglied bei niedrigem und mittleren Einkommen;
- Erhöhung der Sozialleistungen um 200 Euro pro Monat;
- Verlängerung des 9-Euro-Tickets.

2. Gaspreisdeckel

In vielen großen EU-Staaten sind die Gaspreise gedeckelt. Deutschland muss nachziehen.

3. Verbot von Strom- und Gassperren

Zusammen mit dem Verbot von Sperren muss je nach Haushaltsgröße eine bezahlbare Grundmenge für Strom und Gas für alle garantiert werden.

4. Gasversorger unterstützen, Übergewinne besteuern

Stadtwerke und kommunale Versorger, müssen unterstützt werden, um einen Kollaps der Versorgung zu verhindern. Der Bund sollte dauer-

haft Eigentümer bleiben, um Bürger entlasten zu können. Wenn bei Energieunternehmen die Profite explodieren, gehören sie durch eine Übergewinnsteuer abgeschöpft.

5. Erneuerbare Energien schnell ausbauen

Der Ausbau muss beschleunigt werden, da dadurch das Preisniveau z.B. für langfristige Lieferverträge für Energie sinkt.

www.die-linke.de/entlastungspaket



Kein Gratis-Busverkehr für Arme

Koalition verhindert geplanten ÖPNV-Nulltarif für Stadtpassinhaber*innen

Wer wenig verdient und über einen Stadtpass verfügt, kann nicht auf die Stadt zählen. Obwohl im Koalitionsvertrag steht, dass man den Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) künftig mit Stadtpass kostenlos nutzen kann und auch im Haushalt

dafür Geld vorgesehen ist, passiert nichts. Dabei wäre das für die Ärmsten Marburgs, die besonders durch Inflation und eine Energiepreisexplosion in Bedrängnis sind, eine echte Hilfe, die sich das reiche Marburg leisten könnte.

Eine kurze Erleichterung kam nicht von der Stadt, sondern von Bund und Ländern. Das 9-Euro-Ticket, das alle erwerben können, ist nicht nur preisgünstiger als die Stadtpass-Monatskarte, sondern gilt sogar bundesweit.

Aber im September ist damit Schluss. Jetzt verspricht der SPD-Fraktionsvorsitzende Steffen Rink

ein „Semesterticket für alle“, wohlwissend, dass dafür die rechtlichen Grundlagen fehlen, und die Kosten allen Marburger*innen aufgebürdet würden, ob sie Bus fahren oder nicht.

Sowohl Rink als auch der Grünen-Verkehrsexperte Lukas Ramseier sprechen gegen die kostenlose Nutzung der Busse für Stadtpassinhaber*innen, da sie angeblich auf Hartz IV angerechnet würde. Aber das ist weder heute bei der Ermäßigung durch den Stadtpass der Fall, noch wenn die Subventionierung auf 100 Prozent erhöht würde. Denn im Gesetz (SGB

II) heißt es, dass nur „Einnahmen in Geld“ auf das Einkommen angerechnet werden – also nicht bezuschusste Tickets.

Auch der kostenlose Busverkehr am Wochenende für alle Marburger*innen kommt nicht voran, obwohl er bereits Anfang 2021 auf Antrag der Marburger Linken vom Stadtparlament beschlossen wurde.

Dass sich die meisten Menschen für kostenlosen ÖPNV aussprechen, zeigen nicht nur alle Umfragen, sondern auch der Erfolg der Unterschriftensammlung von Fridays for Future in Marburg. 4.553 Unterschriften wurden gesammelt, damit die Stadt prüft, ob ein kostenloser ÖPNV möglich ist. Sollte sie das nicht tun, kommt es zu einem Bürgerentscheid. *Nico Biver*

Termine

► Film: Der Wald von Dannenrod Geschichte einer Zerstörung und Hoffnung

Mit Dr. Wolfgang Dennhöfer, ehemal. Umweltbeauftragter Alsfelds
Mi., 31.8., 17.00 Uhr, LINKEN-Büro, Marburg

► Antikriegstag: Kundgebung

Veranstalter: DIE LINKE und Bündnis „Nein zum Krieg“

Do., 1.9., 17.00 Uhr, am Deserteursdenkmal, Frankfurter Straße, Marburg

► Pro und Contra Bedingungsloses Grundeinkommen

Veranstaltung der LINKEN Kirchhain mit Charlotte Ullmann (pro) und Ulf Immelt (contra)

Mo., 5.9., 19.00 Uhr, Bürgerhaus, Kirchhain, Schulstr. 5

Regelmäßige Termine

im LINKEN-Büro, Elisabethstr. 9, 35037 Marburg

► **Kreis-Mitgliederversammlung** der LINKEN, jeden 3. Donnerstag im Monat, 19.30 Uhr
Ort: in Bürgerhäusern

► **Marburger Linke** öffentliche Fraktion, montags, 19.30 Uhr

► **Kreis AG**, dienstags, 18.30 Uhr

Impressum

Paroli

Herausgeberin dieser Ausgabe: DIE LINKE. Marburg-Biedenkopf, Fraktion Marburger Linke

Redaktion: Alex Cramer (verantw.), Renate Bastian, Nico Biver, Alex Kubon

Layout: Nico Biver

Redaktionsschluss: 18.8.2022

Interkommunale Kredite statt Risikoanlagen

Marburg hat ein Luxusproblem. Der Magistrat grübelt, wie man mit den unerwarteten Gewerbesteuermillionen Biontechs umgehen soll, die nicht unmittelbar im laufenden Haushalt ausgegeben werden sollen. Die Marburger Linke hat da einige Vorschläge, zum Beispiel eine finanzielle Unterstützung für ärmere Familien angesichts der starken Infla-

tion und der Ankündigungen eines schwierigen Winters. Doch der Magistrat und mit ihm die Koalition sperrt sich und lehnte einen entsprechenden Antrag der Marburger Linken ab. Dabei wären auch dann noch viele Millionen übrig. Man könnte sie zur Sparkasse bringen – da gäbe es aber Negativzinsen. Man kann, wie geplant, spezielle Anlagefonds bei den Banken schaf-

fen, die Risiken bergen. Man könnte aber auch überlegen, wie man mit diesem Geld anderen – klammen – Kommunen durch günstige Kredite solidarisch zur Seite steht. Das wäre eine neue Form der interkommunalen Zusammenarbeit, die den ärmeren Kommunen hilft, die reichen aber nicht ärmer macht. Sicher, das ist zurzeit rechtlich noch nicht möglich. Aber sich dafür einsetzen, die Bereitschaft zeigen – das könnte man schon. Nix da, so die bärbeißige Haltung von Koalition und CDU in der letzten Sitzung des Stadtparlaments. Schade. Nachdenken kostet doch nichts.

Renate Bastian

Nazigeschichte weiter aufarbeiten

Die vom SDS erneut angestoßene Aufarbeitung der Nazigeschichte Marburgs wird auch von der linken Stadtfraktion aufgegriffen. Ausgehend von einem Antrag an den Senat der Universität sollen Würdigungen an Gebäuden oder Straßenbezeichnungen auf den Prüfstand gestellt werden. Z.B. ist nach Hans Meerwein, Direktor des Chemieinstituts zwischen 1929 und 1952 eine Straße auf den Lahnbergen benannt. Die Chemie und die Marburger Pharmakonzerne waren eng vernetzt. Als Teil der IG Farben sind sie mitverantwortlich für die grausigen Verbrechen des Unternehmens.

Philipp Henning



Foto: Marco Hellmann

▲ Am 4. August wurde die im Januar 2021 vom Stadtparlament beschlossene Umbenennung des nach dem früheren Oberbürgermeister Karl Theodor Bleek (FDP) benannten Platzes am Südbahnhof umgesetzt. Er ist jetzt nach Hildegard Hamm-Brücher (FDP) benannt, die sich gegen Antisemitismus und für Bürger*innen- und Frauenrechte engagierte. Nachdem bekannt wurde, dass Bleek NSDAP-Mitglied war und als Stadtkämmerer in Breslau vermutlich am Raub jüdischen Eigentums beteiligt war, hatte Henning Köster (links), als Stadtverordneter der Marburger Linken, den Beschluss initiiert.

Sozialstruktur im Detail

Milieustudie legt Marburgs Stärken und Schwächen offen

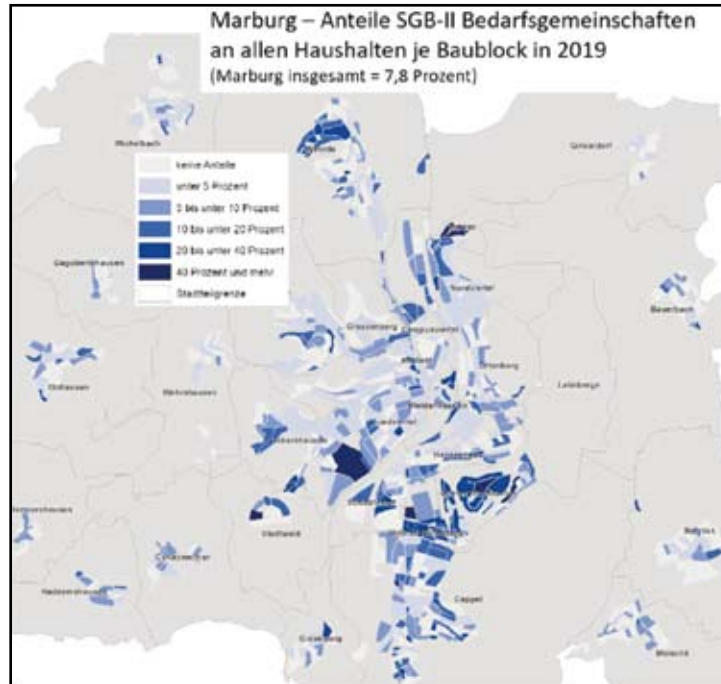
Wer sind die Marburger*innen konkret? Wer wohnt wo und hat welche Probleme? Seit Mai dieses Jahres liegt eine Gemeinschaftsstudie der Stadt Marburg mit dem Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung vor. Sie ist eine Fundgrube an aktuellen Daten zu Bevölkerungsstruktur, sozialer Lage, Arbeit und Wirtschaft, Wohnen und gesellschaftlicher Teilhabe in der Kernstadt und den Stadtteilen. Zum Teil sind die Aussagen bis auf einzelne Straßenzüge aufgefächert. Die Arbeit ist gespickt mit Daten, Tabellen, Grafiken und Bildern. Studierenden- und Migrations-Milieus ist zusätzliche Aufmerksamkeit gewidmet. Das Stadtparlament beschloss, sie zur „Grundlage der zukünftigen Planungsprozesse und Stadtentwicklungsprojekte zu machen“.

Die Studie bestätigt, dass bezahlbares Wohnen in Marburg ein großes Problem ist. Familien ziehen daher verstärkt ins Umland. Im sozialen Wohnungsbau besteht noch immer ein großer Nachholbedarf. Er darf sich aber auf keinen Fall weiter in den drei Stadtteilen wie bisher konzentrieren, die bereits als benach-

teiligt gelten und einen hohen Anteil an ärmeren Menschen aufweisen. Das wusste man, aber nun wurde die Dramatik offengelegt. Selbst der langjährigen Ortsvorsteherin

kamen buchstäblich die Tränen, als vom Richtsberg die Rede war. Dort ballt sich die Armut, besonders die Kinderarmut. Das Förderprogramm „Soziale Stadt“ ist ausgelaufen. Dringend erforderlich sind weitere Entwicklungsmaßnahmen, in die die Bewohner*innen einbezogen werden müssen.

Renate Bastian



▲ Milieustudiengrafik zeigt den Anteil der Hartz-IV-Haushalte detailliert. Während alle anderen Stadtteile unter 7 Prozent liegen erreicht er im Stadtwald, Waldtal und am Richtsberg 23–36 Prozent. www.marburg.de/portal/seiten/sozialberichterstattung-900001172-23001.html

Mit leerem Bauch studieren?

Mensapreise erreichen deutsches Spitzenniveau

Um rund 25 Prozent sind die Preise in der Marburger Mensa gestiegen, auf bis zu vier Euro pro Mittagessen. Nach einer aktuellen Erhebung ist die Marburger Mensa damit bundesweit auf Platz 1. Studierende mit chronisch schmalen Geldbeutel trifft das besonders hart, zumal ein kleines Zimmer in einer Wohngemeinschaft schnell mal 400 Euro kostet. Das Leben muss aber auch für Studis bezahlbar bleiben.

Derweil zerbricht sich der Magistrat den Kopf, wie er die überbordenden Steuereinnahmen anlegen soll. Ein Quäntchen davon könnte den Studierenden aus der akuten Notsituation helfen. Daher beantragte die Marburger Linke im Stadtparlament, ein Modell zu entwi-

ckeln, um schnell – etwa über Gutscheine – die Preiserhöhung befriestet auszugleichen. Auf keinen Fall sollen aber das Studentenwerk und das Land Hessen aus ihrer Verant-

wortung entlassen werden. Aber die Mehrheit aus SPD, Grünen und Klimaliste lehnte ab. Gut, dass wenigstens Verständnis für die Studierenden gezeigt wurde, schlecht, dass daraus keine Unterstützung folgt. CDU und FDP ging das Ganze sonstwo vorbei.

Renate Bastian



▲ Protest des SDS gegen die Erhöhung der Mensapreise

Koalition: gegen Kritik allergisch

Nach dem Austritt der Marburger Linken aus der Koalition vor gut einem halben Jahr war zu erwarten, dass sich das sachliche und offene Diskussionsklima verändern würde. Die Marburger Linke hatte zwar angekündigt, den gemeinsam ausgearbeiteten Koalitionsvertrag konstruktiv-kritisch zu begleiten, gleichzeitig würde sie aber eigene Vorschläge in die Stadtpolitik einbringen und wo immer nötig Kritik üben. Damit aber tut sich die Koalition umso schwerer, je berechtigter sie ist.

Die Koalition reagierte auf die Anträge der Marburger Linken in der Juli-Sitzung des Stadtparlaments sowohl im Stil als auch in der Argumentation mit einer Aggressivität, die aus der Sache nicht abzuleiten war.

Die Marburger Linke hatte mehrere Anträge vorgelegt, die verhindern sollten, dass Bevölkerungsgruppen der Stadt sozial immer stärker in Bedrängnis geraten. Da sind die Studierenden, die sich die erhöhten Mensapreise nicht mehr leisten können. Da ist die wachsende Zahl derer, die die steigenden Lebenshaltungskosten bedrücken. Da sind die Mieter*innen, die sich angesichts der Rekordpreise für Energie vor der nächsten Nebenkostenabrechnung fürchten.

Die Marburger Linke hatte für sie zeitlich begrenzte Nothilfe beantragt. Alles rundweg abgelehnt. Die Koalition diffamierte das als angstmachende Schwarzmalerei, obwohl sie die Sachverhalte nicht leugnen konnte. Dabei sind die Mittel sogar im laufenden Haushalt vorhanden. Die Leidtragenden sind diejenigen, die schnelle Hilfe gebrauchen könnten. Diese Sitzung gehörte zu den eher düsteren Stunden des Stadtparlaments.

Renate Bastian

Kontakt

DIE LINKE Marburg-Biedenkopf
Elisabethstr. 9, 35037 Marburg
Tel. 06421-163873
info@die-linke-marburg.de
www.die-linke-marburg.de

„Beschäftigte dürfen nicht die Zeche zahlen“

Interview mit Oliver Scheld (IG Metall) zum Verkauf der Bosch-Standorte in Breidenbach und Lollar



Foto: IG Metall Herborn

Oliver Scheld ist 1. Bevollmächtigter der IG Metall in Herborn.

Oliver, wie ist die Lage an den Bosch-Standorten in unserer Region?

Bosch will als Mutterkonzern die Standorte Buderus Guss in Breidenbach und Robert Bosch Lollar Guss

weiter nach Investor*innen gesucht. **Wie sieht der weitere Fahrplan aus und welche Ziele habt ihr mit der Belegschaft?**

Wir haben ein Ultimatum gestellt bis Ende August, bis dahin muss klar sein, mit welchen Bieter*innen weiter verhandelt wird oder ob Bosch selbst weiter-

verkaufen. Die bisherigen Investorenkonzepte waren nicht tragbar. Der geforderte Verzicht auf drei Monatsgehälter über drei Jahre würde massive finanzielle Verluste für die Belegschaft bedeuten, das ist unzumutbar. Der Mutterkonzern ist in der Pflicht, eine bessere Lösung zu finden, daher wird nun wei-

ter nach Investor*innen gesucht. **Wie ist denn die Stimmung bei den Kolleg*innen in den Betrieben?**

Die Stimmung ist ziemlich mies und das Vertrauensverhältnis zerfällt. Bosch hat den Tarifvertrag für Lollar unterlaufen, der klar sagt, dass bis 2024 kein Verkauf passieren wird. Einige denken jetzt darüber nach, sich umzuorientieren, weil sie nicht mehr glauben, dass noch ein tragfähiges Konzept kommt.

Könnte es auch zu einer Schließung der Standorte kommen? Keine Option, das will derzeit wirklich niemand. Das wäre auch für Bosch viel zu teuer. Beide Standorte stehen ordentlich da, die Auftragslage ist trotz der Automobilabsatzkrise gut. Viele Fachleute sind mit dem Betrieb verbunden, der Maschinenpark ist gut und es gibt eingespielte Beziehungen zu Zulieferern und Kund*innen.

auf Mobilität sicher gewähren würde. Während die FDP schon angekündigt, dass eine Verlängerung des 9-Euro-Tickets nicht zur Debatte steht, fordern die Verkehrsbetriebe zumindest eine Verlängerung um zwei Monate, um Zeit für

Was fordert ihr an politischer Unterstützung vom Landkreis und vom Land?

Solidaritätsbekundungen wie von den LINKEN oder der SPD helfen, ebenso Debatten in Kreis- und Landtagen. Jan Schalauske als Landtagsabgeordneter unterstützt uns super, ebenso der Breidenbacher Bürgermeister Christoph Felkl. Wir erwarten auch von den Bundestags- und Landtagsabgeordneten Einsatz für die Kolleg*innen in den Wirtschaftsministerien und hoffen auch auf Besuche vor Ort. Die Politiker*innen müssen klar benennen: Bosch kommt seiner sozialen Verantwortung nicht nach!

Wie würdest du die Erwartungen abschließend zusammenfassen?

Wir erwarten von jedem, der mit den Leuten arbeiten will, Offenheit, Transparenz und klare Investitionszusagen. Die Mitarbeiter*innen dürfen nicht die Zeche zahlen für jahrzehntelanges Missmanagement und Investitionsstau. Wir wollen Zukunft und werden uns auch an einer konstruktiven Lösungsfindung beteiligen.

Das Interview führte Alexander Cramer.

9-Euro-Ticket verlängern!

Öffentlichen Nahverkehr (ÖPNV) gleichzeitig ausbauen

Kann das 9-Euro-Ticket, mit dem die Bundesregierung in den Sommermonaten den Nah- und Regionalverkehr finanziell attraktiv gestaltet, als Erfolg bewertet werden? Der Blick auf die Zahlen ist eindeutig: Knapp 30 Millionen verkaufte Tickets im Juni und ein deutlicher Anstieg der Fahrgastzahlen zeugen von seiner Beliebtheit. Die finanzielle Entlastung ist für alle spürbar, die auf den Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) schon vorher angewiesen waren oder jetzt das Auto stehen lassen können. Vor allem ermöglicht es Menschen Fahrten in weiter entfernte Orte, die sie bisher nicht leisten konnten.

Die Kehrseite der Medaille ist allerdings deutlich: Rappellvolle

Züge machen Reisenden und Bahnpersonal zu schaffen. So attraktiv der Umstieg finanziell ist, so wenig stimmen die Rahmenbedingungen: Weder die Taktung noch die Anbindung der ländlichen Regionen an den ÖPNV wurde verbessert. Manche konnten also von den Niedrigpreisen kaum profitieren. Bund und Verkehrsverbände sind jetzt gefordert, dauerhaft die ÖPNV-Infrastruktur zu stärken, um einen Umstieg zu ermöglichen und damit den Klimaschutz voranzubringen.

Ein dauerhaftes 9-Euro-Ticket wäre ein wichtiger Schritt auf dem Weg zum flächendeckenden Nulltarif, der allen Bürger*innen das Grundrecht

die Entwicklung eines Folgeprojekts zu gewinnen. Die Kampagne „9 Euro Ticket weiterfahren!“ sammelt Unterschriften für die Fortsetzung des 9-Euro-Tickets. *Alex Cramer* <http://9-euro-ticket-weiterfahren.de>



Foto: Sabine Leifig



▲ Neu gewählt: Vorsitzende Martin Schirdewan und Janine Wissler, Geschäftsführer Tobias Bank (re.)

DIE LINKE will sich aus Krise kämpfen

Nicht zuletzt nach den krachenden Wahlniederlagen bei der Bundestagswahl im Herbst sowie den Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen, dem Saarland und Schleswig-Holstein steckt DIE LINKE in einer fundamentalen Krise. Entsprechend wurde der Parteitag im Juni mit Spannung und Sorge erwartet. Die beschämenden #LINKeMeToo-Enthüllungen zeigten weitere Probleme auf. Besonders der Druck und die Redebeiträge von Mitgliedern des Jugendverbands haben das Thema Sexismus und sexualisierte Gewalt in den Mittelpunkt gerückt.

Inhaltlich zeigte die neue und alte Parteivorsitzende Janine Wissler (nun in einer Doppelspitze mit dem Europapolitiker Martin Schirdewan) die großen Linien auf: Neben der neoliberalen Ampel ist viel Platz für linke Politik. DIE LINKE vertritt als einzige Partei glaubhaft die Interessen der Beschäftigten, der Erwerbslosen, der Rentnerinnen und Rentner und stellt sie in den Mittelpunkt der Politik. Kontrovers diskutiert wurde die Haltung in friedenspolitischen Fragen. In der Verurteilung des russischen Angriffskriegs waren sich die De-

legierten einig, aber auch aus dem hiesigen Kreisverband wurden Anträge eingebracht, um einzelne Aspekte für eine funktionierende

LINKE verliert bei Landratswahl

Die durch den Tod der bisherigen Landrätin Kirsten Fründt erforderliche Neuwahl gewann im Mai Jens Womelsdorf (SPD). Mit 3,8 Prozent kam die Kandidatin der LINKEN Anna Hofmann wie 2019 auf den vierten Platz. Damals erzielte sie 5,6 Prozent der Stimmen nach 2,8 im Jahr 2013.

Die Gründe für das schlechte Abschneiden sind vielfältig und den meisten bekannt: Geopolitische Gemengelage, innerparteiliche Streitigkeiten auf Bundes- sowie Kreisebene und #LINKeMeToo, um nur einige zu nennen. Die Themen der Wahl gerieten dabei häufig ins Hintertreffen.

Bei einer Wahlbeteiligung von unter 30 Prozent können allerdings auch nur bedingt Schlussfolgerungen gezogen werden. Klar ist: DIE LINKE hatte in der Kürze der Zeit eine gute Programmatik entwerfen können, der Wahlkampf bot hingegen noch Verbesserungspotenzial. DIE LINKE stellte Forderungen, die sie von der Konkurrenz unterschied: Kein Ausbau der A49, Stopp der Sanktionen des Jobcenters, massiver Ausbau des ÖPNV und der medizinischen Grundversorgung.

Mit 20 Prozent holte Hofmann das beste Ergebnis im Marburger Wahlbezirk rund um die Richtsberg-Gesamtschule. Im Kleinen

neue Friedensordnung zu schärfen. Das Wochenende in Erfurt hat DIE LINKE gefordert und aufgerüttelt.

Maximilian Peter

passt das Ergebnis zu einer im Mai veröffentlichten Studie der Rosa-Luxemburg-Stiftung, die der LINKEN ein Potenzial von 18 Prozent attestiert. Trotz der geringen Wahlbeteiligung zeigt dies, dass DIE LINKE weiterhin gebraucht und von den Menschen akzeptiert wird.

Doch um dieses Potenzial Realität werden zu lassen, bedarf es weiterer Kraftanstrengungen. Gerade mit Blick auf die Landtagswahl 2023 heißt es: Von der Krise der Partei zu reden, hilft nicht, wenn nicht auch Taten zu ihrer Bewältigung folgen.

Philipp Henning



Foto: Theresa Haalder

▲ Am 12. Juli informierte DIE LINKE vor Ort über Stadtallendorf als Rüstungsstandort und über die unrühmliche Rolle des Stahl- und Rüstungsindustriellen Friedrich Flick. Der Referent war Hans-Jürgen Sitt.

A 49 bleibt gefährlich

Trotz Ende des Baustopps ist Trinkwasser bedroht

Mitte August wurde der Baustopp der A 49 vom Regierungspräsidium aufgehoben, nachdem Untersuchungen den Verdacht auf Rüstungsaltlasten nicht bestätigt hätten.

Ein Chemielehrer hatte entdeckt, was niemanden ernsthaft überrascht haben dürfte: Im Bereich Herrenwald bei Stadtallendorf lagert im Boden an der Artilleriestraße ein giftiger Sprengstoffbestandteil namens Hexyl. Die gelben Brocken liegen in einem Haufen von 1.300 Kubikmetern kontaminierter Erde der A49 im Weg. Das Gießener Regierungspräsidium verhängte nach einer Anzeige im Mai einen Baustopp.

Die gefährlichen Substanzen stammen aus dem früheren WASSAG-Werk, in dem unter anderem Munition für die Marine im Zweiten Weltkrieg produziert wurde. Anwohner*innen fürchten um ihre Gesundheit auch durch mögliche Verunreinigung des Grundwassers.

Immerhin beschreiben Fachleuten Hexyl als einen äußerst giftigen Stoff aus einer Mischung verschiedener chemischer Verbindungen. Er greift als Staub die Haut an und verursacht Blasen, die Verbrennungen ähneln, sei schädlich für die Schleimhäute von Mund, Nase

und Lunge; der Giftstoff wirke krebserregend. Umweltschützer kritisieren, dass neben den Anwohnern auch Bauarbeiter dem geruchlosen Staub ausgesetzt waren.

Der Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND) hat die Aufhebung des Baustopps kritisiert. „Baustopp aufheben heißt: das Trinkwasser für 500.000 Menschen riskieren.“ Nach wie vor durchquere die Trasse der A 49 eine der gefährlichsten Rüstungsaltlasten Europas.

Renate Bastian

Bedingungsloses Grundeinkommen?
Pro: Charlotte Ullmann
Contra: Ulf Immelt
5.9., 19h, BGH Kirchhain

DIE LINKE.

Wiesbadener Zwischenruf

Neuer Verein mit Sozialsprechstunde

Menschen in Hartz IV, SGB XII oder mit Fluchterfahrung sind willkommen

Erpressbar gemacht

Das Gezerre um das privatisierten Uniklinikum Gießen und Marburg (UKGM) geht in eine neue Runde. Die Rhön AG, der mittlerweile die Asklepios-Eigentümer im Nacken sitzen, verschärft weiter die Gangart gegen die Beschäftigten, auch zum Leidwesen der Patient*innen. Denn obwohl die Landesregierung vor wenigen Monaten öffentliche Investitionsmittel in Höhe von fast einer halben Milliarde Euro für den privaten Klinikbetreiber in Aussicht gestellt hatte, verließ der Konzern eine Vereinbarung aus dem Jahr 2017, die betriebsbedingte Kündigungen und Ausgliederungen ausschloss, dagegen die Übernahme von Auszubildenden vorsah.

Das Vorgehen der Rhön AG ist nichts anderes als ein dreister Erpressungsversuch. Die milliardenschwere Finanzspritze ist der Rhön AG noch nicht genug. Nun sollen auch Schutzrechte für die Beschäftigten gekappt werden, was die Arbeitsbedingungen der ohnehin schon stark belasteten Kolleg*innen weiter verschlechtern würde.

Die aktuelle Landesregierung hat ein großes Problem. Mit der Privatisierung unseres Klinikums, maßgeblich auf Betreiben der CDU im Jahr 2006, hat sie sich erpressbar gemacht. Aber es gibt Abhilfe. Mit einer Petition fordern mehr als 18.000 Menschen die Rückführung des UKGM in öffentliches Eigentum – so wie es auch ein Rechtsgutachten aufzeigt, das im Auftrag von ver.di, der Rosa-Luxemburg-Stiftung und der LINKEN in Auftrag gegeben wurde. So bliebe das Klinikum nicht weiter Spielball der Finanzmärkte und eine Verbesserung der Gesundheitsversorgung in der Region könnte angegangen werden.

Jan Schalauske

Die Lage für viele Menschen in Marburg-Biedenkopf ist düster: In den letzten zwölf Monaten explodieren Lebensmittelpreise und Energiekosten. Prekäre, schlecht bezahlte Jobs und steigende Mieten verschärfen das Problem. Die Armutsquote in Hessen ist auf 18,3 Prozent gestiegen. Mittelhessen ist mit 20,1 Prozent die ärmste hessische Region.

Knapp ein Viertel der hier lebenden Hartz-IV-Bezieher*innen müssen aus ihrem Regelsatz noch Miet- und Heizkosten zahlen, da die Zuschüsse real zu niedrig angesetzt sind. Die Mietobergrenzen sind so niedrig angesetzt, dass sich in den Städten gar keine Wohnung mehr finden lässt.

Auch das neue Bürgergeld der Bundesregierung ist nur Etikettenschwindel und wird nicht mal die Inflation auffangen. Sanktionen gibt es weiterhin. Die mit großem Pomp verkündeten Einmalhilfen entlasten überwiegend den Mittelstand und nicht die von Armut betroffenen Menschen.

Es reicht nicht mehr, nur parlamentarische Initiativen gegen das Hartz-IV-Regime einzubringen. Man muss vor Ort aktiv handeln und Menschen in Notlagen unterstützen.

In Marburg hat sich daher der

Verein „Links hilft“ gegründet, der eine Sozialsprechstunde anbietet: Die Mitglieder helfen beim Ausfüllen von Formularen, begleiten zum Amt, hören zu und suchen nach Lösungen für Probleme mit den Behörden. Ob Menschen mit Fluchterfahrung, im SGB II oder XII, alle sind herzlich willkommen.

Anna Hofmann/

Anja Kerstin Meier-Lercher

Sozialsprechstunde „links hilft“ in Marburg ab 13. September 2022

Wann: Dienstags, 16-18 Uhr

Wo: Büro DIE LINKE, Elisabethstr. 9



Eingang zwischen Drogeriemarkt Rossmann und Kirchen-Kiosk. Ein Parkdeck ist per Aufzug erreichbar. Bushaltestellen Elisabeth- und Bahnhofstraße sind 200 m entfernt.

SDS bei Uni-Wahlen vorne

Bei den diesjährigen Marburger Hochschulwahlen (15.-28. Juni) hat der Sozialistisch-Demokratische Studierendenverband (SDS) die meisten Stimmen erhalten. Bei den Wahlen zum Student*innenparlament (StuPa) verdoppelte der LINKEN-nahe Verband sein Ergebnis auf 33,2 Prozent. Damit lag der SDS weit vor den Verbänden von CDU (RCDS) und FDP (LHG). Weder den Grünen noch den Jusos gelang es zu kandidieren. Eine SDS-Beteiligung am Studierendenausschuss (ASStA), der vom StuPa gewählt wird, ist sehr wahrschein-

lich. Koalitionsgespräche mit den bisherigen SDS-Partner*innen der Rosa Liste sind geplant.

Im Senat, der Selbstverwaltung der Universität, wo 3 von 17 Sitzen Studierenden vorbehalten sind, blieb der SDS stärkste Kraft. Er verlor aber Stimmen (1.001 statt 1.420 im Jahr 2021), weil statt zwei Listen diesmal sechs angetreten waren. Auf den folgenden Plätzen lagen die Jusos (443) und die Liberale Hochschulgruppe (400, vorher 1292 Stimmen).

Ziel des SDS ist es, angesichts der Teuerung eine Senkung der Mensapreise und ein Entlastungspaket durchzusetzen. Er kämpft für eine Verbesserung der studentischen Mitbestimmung und eine Aufarbeitung der Nazi-Vergangenheit der Uni. Er setzt sich weiter dafür ein, dass die Uni auf Rüstungsforschung verzichtet (Zivilklausel). Bereits angestoßene Projekte, wie die Einrichtung kostenloser Menstruationsproduktspender, sollen fortgesetzt werden.

Philipp Henning



▲ Beim Warnstreik der UKGM-Beschäftigten am 3. August unterstützte die Fraktionsvorsitzende der LINKEN im Landtag, Elisabeth Kula, die Forderungen nach besseren Arbeitsbedingungen.